

Pressemitteilung

Die Wohnungsbauampel leuchtet tiefrot – Neustart der Baupolitik jetzt!

(München, am 9. Dezember 2024) „Das bayerische Baugewerbe erwartet für das kommende Jahr keine Besserung seiner Geschäftslage. Wir befinden uns noch immer in einem tiefen konjunkturellen Tal. Eine investitionsfeindliche Mischung aus Ausgabenstopp bei Bauvorhaben des Bundes, schwieriger Haushaltslage vieler Kommunen, anhaltender wirtschaftlicher Rezession und leeren Fördertöpfen verhindert wohl auch in den kommenden Monaten eine Erholung der Baukonjunktur.“ Mit diesen Worten fasste Georg Gerhäuser, Präsident des Landesverbandes Bayerischer Bauinnungen, die Ergebnisse der heute in München vorgestellten Herbst-Konjunkturumfrage seines Verbandes zusammen.

53 Prozent (Vorjahr: 62 Prozent) aller befragten Unternehmen erwarten in den nächsten 6 Monaten eine Verschlechterung ihrer Geschäftsentwicklung, nur 3 Prozent eine Verbesserung. Für die einzelnen Bausparten ergibt sich ein differenziertes Bild. Im Wohnungsbau erwarten 54 Prozent (Vorjahr: 74 Prozent) eine Verschlechterung ihrer Geschäftslage, im Wirtschaftsbau sind es 56 Prozent (Vorjahr: 63 Prozent), im Öffentlichen Hochbau 63 Prozent (Vorjahr: 67 Prozent), im Straßenbau 57 Prozent (Vorjahr: 55 Prozent), im sonstigen Tiefbau 43 Prozent (Vorjahr: 53 Prozent) und im Ausbau 41 Prozent (Vorjahr: 46 Prozent).

Der Wohnungsbau brach im Jahr 2024 weiter ein. Von Januar bis September 2024 wurden in Bayern nur 36.379 Wohnungen genehmigt. Dies entspricht einem Rückgang im Vergleich zum Vorjahreszeitraum von 14,9 Prozent (-6.361 Wohnungen). Im zweiten Jahr in Folge sinkt damit die Zahl der genehmigten (und fertiggestellten) Wohnungen im Freistaat dramatisch und ist damit weit von der Zielmarke, 70.000 Wohnungen jährlich neu zu bauen, entfernt. „Vor diesem Hintergrund erwarten mehr als die Hälfte (54 Prozent) unserer im Wohnungsbau tätigen Mitgliedsunternehmen für das kommende Halbjahr eine anhaltend schlechte Geschäftslage und 41 Prozent der Wohnungsbauer sehen für diesen Zeitraum aufgrund ihrer Auftragslage und der politischen Rahmenbedingungen keine Besserung. Die Wohnungsbauampel steht auf tiefrot“, bewertete Gerhäuser die Situation.

Der Auftragsbestand ist bei 63 Prozent der befragten Bau- und Ausbaubetrieben zu klein, um die Betriebe auszulasten. 53 Prozent der befragten Unternehmen erwarten im kommenden Jahr eine Verschlechterung ihrer Geschäftslage und 56 Prozent eine teils deutliche Verringerung ihrer Umsätze. Erste Anzeichen deuten allerdings darauf hin, dass seit dem 3. Quartal die Auftragseingänge

ausgehend von einem niedrigen Niveau in einigen Bereichen wieder leicht steigen. So lag der Auftragsbestand im bayerischen Bauhauptgewerbe – trotz eines weiteren Rückgangs im Wohnungsbau um -6,2 Prozent – nominal um 8,9 Prozent über dem Wert des Vorjahres. Dies lag vor allem am Anstieg der Auftragseingänge im gewerblich-industriellen Tiefbau um 28,5 Prozent.

Entsprechend der nach wie vor insgesamt negativen Stimmung entwickelt sich die Personalplanung der Bau- und Ausbauunternehmen. Jedes dritte befragte Unternehmen gab an, im Jahr 2024 die Zahl der Beschäftigten im Vorjahresvergleich verringert zu haben. Nur 11 Prozent erhöhten im laufenden Jahr die Zahl ihrer Mitarbeiter. Bis Ende Juni dieses Jahres war zum ersten Mal seit 10 Jahren ein leichter Rückgang des Personalbestandes (-1,9 Prozent) konstatierbar. Für das kommende Jahr rechnet der Verband jedoch nicht mit einem nennenswerten weiteren Personalabbau.

„Unsere Umfrage zeigt, dass trotz schwieriger Bedingungen 70 Prozent unserer Mitgliedsunternehmen ihren Personalbestand im Jahr 2025 auf dem Niveau dieses Jahres halten wollen. Der baugewerbliche Mittelstand bleibt im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsbranchen ein verlässlicher Arbeitgeber. Umso wichtiger ist es auch für das kommende Jahr, dass die Finanzierung der Wohnungsbauförderprogramme erhalten bleibt und die Öffentliche Hand trotz angespannter Finanzlage weiter in ihre Infrastruktur investiert. Das Baugewerbe versucht alles, um einen Personalabbau, der die Leistungsfähigkeit unserer Branche langfristig schwächen würde, zu vermeiden. Wenn sich die Auftragsituation aber auch im kommenden Jahr nicht entscheidend verbessert, dann werden wir Personal abbauen müssen. Das muss die Politik endlich erkennen. Die wesentlichen Rahmenbedingungen unserer Branche setzt die Bundespolitik. Wir brauchen einen baupolitischen Neustart. An allererster Stelle steht der Beschluss des Bundeshaushalts für das Jahr 2025. Erst mit ihm kann der Bund neue Aufträge für Brücken, Straßen, Schienen und den Ausbau der Netze vergeben und den Wohnungsneubau fördern.“

Gerhäuser wies auf den großen Handlungsbedarf bei der Gestaltung zukunftsfähiger Rahmenbedingungen für die mittelständische Bauwirtschaft hin und stellte sich hinter die Forderungen des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes, der diese vor wenigen Tagen unter dem Motto „Für einen Neustart der Baupolitik“ an die künftige Bundesregierung adressierte.

Pressesprecher:

Holger Seit
Landesverband Bayerischer Bauinnungen
Bavariaring 31, 80336 München
Tel.: 089 / 76 79 - 133
Mobil: 0172 / 5 95 59 59
E-Mail: seit@lbb-bayern.de

Die Bayerischen Baugewerbeverbände
sind die Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände
des mittelständischen bayerischen Baugewerbes und
vertreten 58 Innungen mit ca. 2.900 Betrieben und etwa 80.000 Beschäftigten
